



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 24. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 720 Postulat Estermann Rahel und Mit. über die Ausrufung des Klimanotstands / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 720 und das Postulat P 60 von Ludwig Peyer namens der CVP-Fraktion über die symbolische Ausrufung des Klimanotstands werden als Paket behandelt. Folgende Anträge liegen zum Postulat P 720 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Michael Kurmann beantragt teilweise Erheblicherklärung. Rahel Estermann hält an ihrem Postulat fest.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 60 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung. Ludwig Peyer hält an seinem Postulat fest.

Michael Kurmann: Der Begriff „climate emergency“ oder zu Deutsch „Klimanotstand“ geht auf Klimademonstrationen in Australien vor fast zehn Jahren zurück. Der Begriff hat es seit Anfang Jahr in die Schweiz geschafft, mit der heutigen Debatte wird er auch in unser Parlament getragen. Wir sind mit den Ausführungen der Regierung einig, ziehen aber nicht die gleichen Schlüsse daraus. Der Begriff Klimanotstand ist in der Bevölkerung entstanden, und wir nehmen ihn in unseren Rat auf. Damit zeigen wir Respekt gegenüber der Klimabewegung, an der vor allem Jugendliche beteiligt sind. Wir nehmen ihre Anliegen auf und versuchen diese auf eine vernünftige Art und Weise anzugehen. Es wird vielleicht moniert, dass hier Symbolpolitik betrieben wird, so schreibt es zumindest die Regierung in ihrer Stellungnahme. Symbolpolitik erleben wir tagtäglich. Ist es nicht vor allem die Ratsrechte, die bei anderen Gelegenheiten und Themen immer wieder Symbolpolitik betreibt? Den Notstand im juristischen Sinn lehnt die CVP ab. Allerdings sind wir uns bewusst, dass der Notstand unserer Erde tatsächlich akut ist. Der Vorstoss von Rahel Estermann unterscheidet sich von unserem in einem kleinen Punkt: wir erachten es als treffendere Formulierung, den symbolischen Klimanotstand mit der Umsetzung prioritärer Massnahmen „wann immer möglich“ auszurufen. Die CVP-Fraktion beantragt, das Postulat P 720 teilweise erheblich zu erklären und hält an ihrem Postulat P 60 fest.

Rahel Estermann: „Klimanotstand jetzt, sofort“ lautet eine der Kernforderungen, welche junge Menschen seit Monaten an den Klimademonstrationen stellen. Sie fordern den Klimanotstand, weil wir – die Politik – viel zu lange viel zu wenig getan haben. Die Politik hat die Wissenschaft ignoriert, die klar sagt, dass es für uns Menschen auf diesem Planeten sehr ungemütlich wird, wenn wir so weitermachen. Extreme Wetterereignisse, Hitze und Niederschlag häufen sich. Die Meeresspiegel steigen, die Lebensräume von Mensch und Tier sind bedroht. Man weiss das zwar seit Jahrzehnten, bleibt aber trotzdem grösstenteils untätig. Nun fordern diejenigen Generationen, die noch am längsten auf diesem Planeten leben, dass wir endlich handeln. Sie erwarten ein Zeichen von uns, dass wir die Dringlichkeit verstanden haben. Wir haben verstanden, dass wir handeln müssen. Dieses Zeichen wollen wir mit dem Klimanotstand setzen. Es freut uns, dass nicht nur Grüne, SP und GLP dieses Zeichen setzen wollen, sondern auch die CVP und die FDP. So heisst es im Postulat P 60:

„Es braucht jetzt auf kommunaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene griffige Massnahmen, um dieser drohenden Katastrophe entgegenzuwirken.“ Wenn wir im Kanton Luzern dem Klimaschutz höchste Priorität einräumen wollen, braucht es unser ganzes Parlament dazu. Gemeinsam können wir das Signal des Klimanotstands senden. Leider scheint diese Botschaft beim Regierungsrat noch nicht angekommen zu sein. Er lehnt beide Vorstösse ohne nachvollziehbaren Grund ab. Das ist sehr schade. Die Kantone Zürich, Waadt und Jura, die Städte Basel, Bern, Konstanz, Mailand, Amsterdam, San Francisco und die Staaten Irland, Grossbritannien und Kanada, sie alle und noch viele mehr haben bereits den Klimanotstand ausgerufen. Niemand hat daraus juristische Massnahmen abgeleitet, welche den Rechtsstaat infrage gestellt hätten. Der Klimanotstand ist eine symbolische Massnahme, ohne diese explizit treffen zu müssen. Dass CVP und FDP nun wegen staatspolitischer Bedenken und einer kleinen Differenz, mit der die Dringlichkeit wieder abgeschwächt wird, einen eigenen Vorstoss einreichen, erscheint uns reichlich absurd. Trotzdem, die Anerkennung des Klimanotstands ist zu wichtig, als dass sie parteipolitischen Spielen zum Opfer fallen soll. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt beiden Postulaten zu.

Urban Sager: Seit Beginn unterstützt die SP die Klimaforderungen der Schülerinnen und Schüler, die auch in Luzern protestiert haben. Sie fordern konkrete Massnahmen und dass endlich Klimagerechtigkeit hergestellt wird. Die Ausrufung des Klimanotstands ist ein wichtiges Signal, weil damit drei Anliegen zum Ausdruck gebracht werden. Erstens drängt die Zeit, daher kann durchaus von einem Notstand gesprochen werden. Zweitens betrifft der Klimawandel alle Bereiche unseres Lebens: die Wirtschaft, die Sicherheit, die Bildung, die Gesundheit usw. Das Problem muss sowohl kommunal, national als auch international angegangen werden. Drittens ist es zwar wichtig, Eigenverantwortung zu übernehmen, aber das Klimaproblem gilt es auch als Gesellschaft zu lösen, und politische Prozesse müssen in Gang gebracht werden. Mit der Ausrufung des Klimanotstands können wir ein entsprechendes Signal senden. Es wäre schade, wenn die beiden Postulate wegen irgendwelcher Begrifflichkeiten oder juristischer Bedenken abgelehnt würden, denn schlussendlich geht es einfach nur um die Sache. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Heidi Scherer: Die Luzerner Bevölkerung wird sich fragen, was genau die Ausrufung des Klimanotstands bedeutet. Ist es ein politisches Statement? Oder gilt Notrecht? Der Klimanotstand ist kein rechtlich bindender Begriff, und er ist in aller Munde. Für mich sind die Entwicklungen der letzten Monate ein Wachrütteln. Es ist an der Zeit, endlich etwas gegen den Klimawandel zu tun. Jeder und jede hat jederzeit die Möglichkeit, selber etwas dazu beizutragen – schon gestern wie auch heute und erst recht morgen: im täglichen Verhalten, beim Konsum generell, bei den Nahrungsmitteln, bei der Mobilität, beim Wohnen, bei den Gebäuden, beim Verbrauch von Energie, bei Abfall und Recycling, in der Freizeit und am Arbeitsplatz. Die grüne Welle ist angekommen, und die grundsätzliche Stossrichtung stimmt. Aus den Stellungnahmen des Regierungsrates zu den beiden Postulaten P 677 und P 716 geht hervor, dass der Kanton Luzern schon viel getan hat. Mit der heutigen Klima-Sondersession und dem in Aussicht gestellten Bericht ist sich der Kanton Luzern der Thematik bewusst. Die vielen Aktivitäten und der Aufruf der Jungen beeinflussen hoffentlich unser Denken und vor allem unser Handeln. Es wird nicht alles auf Freiwilligkeit und Eigenverantwortung basieren können. Die FDP meint es ernst mit dem Klimakurs. Wir stehen für machbare, verlässliche und kleine Schritte ein, die von der Bevölkerung mitgetragen werden. Wir wollen aus Überzeugung richtig handeln, die Kostenwahrheit kennen und nach dem Verursacherprinzip handeln. Wir müssen uns der Folgen unseres Handelns besser bewusst sein. Deshalb ist es wichtig, die Bevölkerung zu sensibilisieren und transparent zu informieren. Das geschieht inzwischen vermehrt. Brauchen wir dazu die Ausrufung des Klimanotstands? Wir müssen glaubwürdig sein, deshalb brauchen wir konkrete, verständliche, machbare, nachhaltige sowie sozial- und wirtschaftsverträgliche Schritte. Wir brauchen Lenkungsmassnahmen und Anreize und wo nötig Restriktionen. Dazu braucht es die Akzeptanz der Bevölkerung. Unsere Fraktion ist sich bei der Beurteilung der

beiden Postulate nicht einig. Das Postulat P 720 lehnen wir einstimmig ab. Eine Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt dem Postulat P 60 zu, eine Minderheit lehnt es ab.

Fredy Winiger: Wie bereits erwähnt, ist die SVP gegen alle Massnahmen, die unserer Wirtschaft Steine in den Weg legen. Wir sind darauf angewiesen, dass die Wirtschaft – dazu gehört auch die Landwirtschaft – mit Innovationen gegen die Treibhausgasausstösse wirken kann. Mit einem symbolischen Klimanotstand wird die Wirtschaft eingeengt und am möglichen Fortschritt gehindert. Nur in einer florierenden Wirtschaft ist es möglich, Innovationen und Forschungen weiterzuentwickeln. Die Sensibilisierung ist auf allen Ebenen gross. An verschiedenen Stellen wird geforscht und die Technik weiterentwickelt. Es kann doch nicht sein, dass wir diese Weiterentwicklung verhindern. Daher verstehen wir auch die Wirtschaftsvertreter von CVP und FDP nicht. Um ein Zeichen zu setzen, sollten wir die Wirtschaft nicht an der Weiterentwicklung hindern, schliesslich hat sie schon grosse Fortschritte erzielt. Die SVP lehnt die beiden Postulate ab.

Sara Muff: Tausende von Menschen gingen in Luzern auf die Strasse und forderten mittels Petitionen, Klimastreiks und Protesten, dass im Kanton Luzern der Klimanotstand ausgerufen wird. Ich bin 26 Jahre alt. In der Schweiz liegt die Lebenserwartung für Frauen bei 85 Jahren. Somit werde ich noch etwa 59 Jahre auf diesem Planeten verbringen. Es liegt mir deshalb speziell am Herzen, dass das Klima nicht kollabiert. Ich würde mein Leben gerne in einer intakten Umwelt verbringen und meinen Enkelkindern nicht erklären müssen, wieso wir nicht gehandelt und die Augen vor den Warnungen der Wissenschaftler verschlossen haben. Ich möchte nicht, dass meine Kinder viele Tiere und Pflanzen nur noch aus Schulbüchern kennen, weil die Biodiversität aufgrund des veränderten Klimas stark abgenommen hat. Es ist darum wichtig, dass der Kanton Luzern Position bezieht, indem er den Klimanotstand ausruft. Ein Notstand setzt eine unmittelbare Bedrohung oder schwerwiegende Störung der öffentlichen Sicherheit voraus. Genau dazu wird es kommen, wenn wir jetzt nicht handeln, sondern einfach zuschauen, wie unser Klima kollabiert. Die Konsequenzen für die Umwelt, die Menschen, die Tiere und die Pflanzen stellen definitiv eine schwerwiegende Störung und unmittelbare Bedrohung dar. Wir spüren es vielleicht noch nicht, aber die Umwelt stirbt langsam. Der nächste Hitzesommer kündigt sich gerade an. Es ist daher absolut gerechtfertigt, den Klimanotstand auszurufen. Es ist höchste Zeit, endlich zu handeln. Das hätte bereits vor Jahren geschehen sollen, wie es auch der aktuelle IPCC-Bericht des Weltklimarates der Vereinten Nationen in aller Deutlichkeit aufzeigt. Die aktuelle Situation erfordert rasches Handeln, und zwar jetzt. Je länger wir warten, desto schwieriger wird es, die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens zu erreichen. Die Komplexität dieser Thematik erfordert Antworten und Lösungen auf allen Ebenen. Es bleibt uns nicht mehr viel Zeit, aber noch ist eine Reaktion möglich. Es scheint allen klar zu sein, dass die Ausrufung des Klimanotstands symbolischer Natur ist und konkrete Massnahmen zügig folgen müssen. Meiner Meinung nach ist die Priorisierung des Klimaschutzes von grosser Wichtigkeit, und ich bin daher der festen Überzeugung, dass die Ausrufung des Notstands gerechtfertigt ist. An die, die nach wie vor der Ansicht sind, dass der Mensch auf die Klimaentwicklung keinen grossen Einfluss hat, hier noch ein Zitat von Marc Uwe Kling: „Okay, angenommen, wir würden in 60 Jahren feststellen, dass sich alle Wissenschaftler geirrt haben und es keine Klimaerwärmung gibt. Wäre es dann wirklich so schlimm, dass wir dann völlig ohne Grund dafür gesorgt haben, dass man in den Städten die Luft wieder atmen kann, die Flüsse nicht mehr giftig sind, die Autos weder Krach machen noch stinken und dass wir nicht mehr abhängig sind von fossilen Brennstoffen?“ Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung beider Postulate zu.

Michèle Graber: Der Klimawandel und seine Folgen sind nicht nur ein Problem für das Klima und die Umwelt, sondern auch für die Wirtschaft, die Sicherheit und die Sicherung des Friedens. Die Formulierung „Ausrufung des Klimanotstands“ ist sicher etwas irreführend und reisserisch, aber gerade auch deshalb hat das Thema hohe mediale Präsenz erhalten. Nicht alle Punkte sind verfassungsrechtlich sauber und richtig formuliert. Aufgrund der weltpolitischen Relevanz und der Dringlichkeit eines schnellen und eigenverantwortlichen Handelns sieht die GLP-Fraktion aber für einmal über die formalen Unzulänglichkeiten

hinweg und stimmt beiden Postulaten zu. Es wird nicht wirklich der Notstand ausgerufen, sondern es geht darum festzulegen, nach welchen Regeln die Regierung zukünftig agieren soll. Die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen ist prioritär zu behandeln. Bei allen Geschäften sollen künftig die Auswirkungen auf das Klima berücksichtigt werden. Die Bevölkerung soll umfassend über die Ursachen und die Auswirkungen informiert werden. Der Kanton soll einen Bericht über die Massnahmen und ihre Finanzierung verfassen. Die Regierung bekräftigt zwar, dass sie die Problematik des Klimawandels anerkennt. Trotzdem lehnt sie beide Postulate ab. Sie begründet ihre Ablehnung einerseits damit, dass sie einen Bericht verfassen wird, und andererseits damit, dass sie das Thema bereits prioritär behandelt. Aus Sicht der GLP ist das Verfassen dieses Berichtes das eine, schnelles und adäquates Handeln aber das andere. Die Zeit drängt. Gemäss IPCC-Bericht haben wir nur noch wenig Zeit, um den Klimawandel zu bekämpfen oder zu mindern. Mit der Erheblicherklärung der beiden Postulate wollen wir ein Zeichen setzen zum Handeln auf kantonaler Ebene und zur Sensibilisierung zu einem eigenverantwortlichen Handeln.

Ruedi Amrein: Die FDP hat das Postulat P 60 zusammen mit der CVP als Gegenvorschlag zum Postulat P 720 eingereicht. Wir wollen die Anliegen der vorwiegend jungen Leute ernst nehmen. Wir wissen, dass es nun Massnahmen braucht. Es liegt aber an uns, die entsprechenden Vorgaben zu machen. In Zukunft müssen wir Prioritäten setzen, es ist aber nicht möglich, bei jedem Geschäft das Klima in den Vordergrund zu stellen, obwohl es wichtig ist. Es ist vor allem ökologisches Handeln gefragt, aber ohne Ökonomie ist das nicht möglich. Ökologische Massnahmen können zu Härtefällen führen, deshalb gilt es auch das soziale Element zu berücksichtigen. Im Postulat P 720 ist das aber nicht vorgesehen. Wir sind mit den Vorschlägen bezüglich Information oder Weiterentwicklung einverstanden. Die FDP hat aber mit dem Begriff „Notstand“ mühe. Wir müssen aufpassen, diesen Begriff nicht fahrlässig zu verwenden. Wann kommt der nächste Notstand? In den letzten Jahren war etwa die Rede von einem Finanznotstand. Die Bevölkerung soll zwar aufgerüttelt, aber nicht verängstigt werden. Unserer Meinung nach ist nun Handeln gefragt; das gilt aber nicht nur für die Schweiz und den Kanton Luzern, sondern auch für alle andere Staaten.

Pia Engler: Seit 30 Jahren befindet sich der Planet Erde in einer beispiellosen Notlage: das Klima verändert sich und damit verändern sich unsere Lebensgrundlagen. Wir sehen uns mit Extremen konfrontiert: apokalyptische Wetterereignisse und Wasser- und Nahrungsmittelknappheit werden ganze Landstriche in unbewohnbare Gebiete verwandeln. Auch in der Schweiz sind in jüngster Vergangenheit Vorkommnisse zu beobachten, die wir als klare Folge der Klimaerwärmung anerkennen müssen. Es sind dies Auswirkungen unserer auf fossiler Energie basierenden Lebensweise. Die Ausrufung des Klimanotstands ist ein Mittel, um die Menschen zu sensibilisieren und dem Thema die notwendige Priorität einzuräumen. Wir setzen damit ein wichtiges Zeichen nach aussen. Unsere Zukunft und diejenige unserer Kinder hängen davon ab, wie wir die Weichen stellen. Darum unterstützt die SP die Ausrufung des Klimanotstands.

Monique Frey: Ich finde es grundsätzlich super, dass die CVP und die FDP die Forderungen der Klimajugend übernommen haben. Die beiden Postulate P 720 und P 60 sind relativ ähnlich. Trotzdem finde ich es unfair, dass die beiden Parteien die Ideen, die eigentlich von der Jugend stammen, besserwisserisch umformulieren. Es ist ein Vorstoss der Klimajugend und nicht von uns. Es geht hier um zwei Postulate, und Postulate erteilen dem Regierungsrat lediglich einen Prüfauftrag. Auch wenn der Titel des Vorstosses das Wort Notstand enthält, entstehen keine juristischen Folgen. Leider versuchen die beiden Parteien mit ihrem Vorstoss nur die Rosinen herauszupicken. Fredy Winiger sagte in seinem Votum, dass die Wirtschaft dadurch eingeschränkt werde. Die Wirtschaft wird jedoch durch Herausforderungen eher beflügelt, aber nur, wenn für alle die gleichen gesetzlichen Voraussetzungen gelten. Ich habe deshalb keine Angst um unsere Wirtschaft und bin überzeugt, dass sie sich bestens an die Situation anpasst. Ich bitte Sie, beiden Postulaten zuzustimmen.

Toni Graber: Es gibt verschiedene Notstände, heute Morgen zum Beispiel habe ich vor dem Regierungsgebäude einen Energienotstand festgestellt. Die Klimaaktivisten mussten

einen Energienotstand überbrücken und einen fossilen Generator einsetzen, um sich bemerkbar machen zu können. Mit solchen Aktionen schadet sich die Klimabewegung selber. Nun ist der gesunde Menschenverstand gefordert, und es gilt Eigenverantwortung zu übernehmen. Als praktizierender Landwirt habe ich Mühe mit der bisherigen Debatte. Was den Pflanzenanbau angeht, kann man dieses Jahr bisher als sehr erfolgreich bezeichnen. Aber kaum ist ein bisschen wärmeres Wetter vorhergesagt, wird schon wieder von einem Hitzesommer gesprochen. Letztes Jahr hat es übrigens einfach zu wenig geregnet, aber es war kein Hitzesommer. Ich bitte Sie, die beiden Postulate abzulehnen, denn von einem Notstand kann nicht die Rede sein.

Adrian Nussbaum: Ich bin mit dem Votum von Monique Frey nicht ganz einverstanden. Die CVP will der Regierung keinen Prüfauftrag erteilen, sondern ein Zeichen setzen, indem wir heute den Klimanotstand ausrufen. Das Problem liegt darin, dass der Kanton Luzern die Form der Revolution nicht kennt. Es geht uns darum, dass wir uns an die Gesetze und die Verfassung halten und rechtlich korrekt handeln. Bei der Formulierung unseres Postulats P 60 haben wir uns an die Formulierung einer Resolution des Grossen Rates von Basel-Stadt gehalten. Diese Resolution wurde mit 71 zu 17 Stimmen unterstützt, und Basel-Stadt hat in einer Medienmitteilung geschrieben: „Der Begriff Klimanotstand ist symbolisch zu verstehen und soll keine juristische Grundlage für die Ableitung von Notstandsmassnahmen sein.“ Die CVP will ein Zeichen setzen und den Klimanotstand korrekt nach Luzerner Recht ausrufen. Es geht nicht darum, das Postulat P 720 abzuschwächen. Es ist schade, wenn wir die beiden Postulate gegeneinander ausspielen, vielmehr sollten wir heute versuchen, einstimmig den Klimanotstand auszurufen.

Hasan Candan: Die Klimajugend und das Postulat P 720 von Rahel Estermann fordern Klimagerechtigkeit. Die Klimagerechtigkeit kennt keine Grenzen, denn die ganze Welt ist davon betroffen. Bei der Ausrufung des Klimanotstands geht es um den Notstand unseres ganzen Systems. Deshalb müssen wir das Postulat P 720 erheblich erklären. Vor ein paar Tagen war in den Zeitungen ein Bild von Schlittenhunden zu sehen, wie sie in Grönland im Wasser laufen. In Grönland sind an einem einzigen Tag 200 Billionen Tonnen Eis geschmolzen. Diese Zahl können wir uns nicht einmal bildlich vorstellen, was erst recht zeigt, wie gross das Problem wirklich ist. In Mosambik leiden die Menschen an Hunger. Die Schweizer Bevölkerung verbraucht 100-mal mehr CO₂ als die Bevölkerung in Mosambik. Die Schweizer Bevölkerung gehört zu den grössten Klimasündern auf der ganzen Welt, wir übertreffen sogar China. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir heute den Klimanotstand ausrufen.

Samuel Zbinden: Adrian Nussbaum hat den Basler Grossen Rat als Beispiel genommen. Im entsprechenden Postulat heisst es aber, ich zitiere: „Der Basler Grosse Rat erklärt den Klimanotstand“. Es muss also nicht explizit von „symbolisch“ die Rede sein. Niemand hat verlangt, Notrecht anzuwenden oder der Regierung spezielle Befugnisse zu erteilen. Daher braucht es das Postulat P 60 im Prinzip gar nicht. Trotzdem bitte ich Sie, beiden Postulaten zuzustimmen.

David Roth: Ich habe den Eindruck, dass es nicht um den Inhalt der beiden Postulate geht, sondern um die Erstunterzeichnenden und wer die Postulate mitunterzeichnet hat. Es ist schade, aus diesem Grund ein Postulat abzulehnen. Ich bitte Sie daher, beiden Postulaten zuzustimmen. So ist es uns allen möglich, Einigkeit und gemeinsamen Willen zu demonstrieren, ohne dass jemandem ein Zacken aus der Krone fällt.

Heidi Scherer: Wir alle können etwas zum Klimawandel beitragen. Was heisst das aber für den Kanton Luzern und seine Bevölkerung? Dürfen noch öffentliche und private Feuerwerke durchgeführt werden? Was ist mit den 1.-August-Feuern? Darf noch über offenem Feuer grilliert werden? Was ist mit Flugshows? Darf für Maturareisen das Flugzeug benutzt werden? Was ist mit den Kühen auf den Weiden, die schädliches Methangas ausstossen? In Holland dürfen die Kühe an bestimmten Orten nur noch zu begrenzten Zeiten auf die Weide gelassen werden.

Yvonne Hunkeler: Es ist schade, wenn wir nur über die formellen Inhalte der beiden Postulate diskutieren. Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die CVP das Postulat

P 720 nicht ablehnt, sondern die teilweise Erheblicherklärung beantragt.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Wir sind uns darin einig, dass die Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen mit hoher Priorität anzugehen ist. Wir sind überzeugt, dass der Klimawandel in den nächsten Jahren auch das kantonale Handeln prägen wird. Gemäss unserer Beurteilung ist es nicht Aufgabe der Regierung, Symbolpolitik zu betreiben, sondern wir müssen versuchen, mit einer konkreten Planung und griffigen Massnahmen den Klimawandel einzudämmen – so verstehen wir unsere Aufgabe. Dieser Aufgabe stellen wir uns, und wir nehmen sie ernst, wir bringen der Klimabewegung unseren Respekt entgegen und anerkennen die Wichtigkeit des Themas. Die Ausrufung eines symbolischen Aktes hilft uns jedoch nicht weiter, daher lehnt die Regierung beide Postulate ab.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 61 zu 46 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 72 zu 37 Stimmen teilweise erheblich.